

# ISI

Informationsdienst Soziale Indikatoren

Sozialberichterstattung \* Gesellschaftliche Trends \* Aktuelle Informationen

Nr. 15  
Januar 1996

## Zunehmende Kinderarmut in Deutschland?

Eine ZUMA  
Publikation

Studie zur Kinderarmut im Vergleich: 1984 und 1994

„2 Millionen deutsche Kinder an der Armutsgrenze“ meldete die ARD-Tagesschau am 24.8.95 in den 20 Uhr-Nachrichten. Bereits am 17.8.95 wurde im ARD-Magazin Kontraste in einem Beitrag über Armut in Haushalten mit Kindern berichtet, daß 1,5 Millionen Kinder unter der Armutsgrenze leben würden, und am 25.8.95 wurde in der ARD-Tagesschau in einem Beitrag über eine UNICEF-Studie, von einer „zunehmenden Infantisierung der Armut“ gesprochen. Gemeint ist damit, daß ein steigender Anteil von Kindern in Haushalten lebt, die von Armut betroffen sind. Dieser Artikel soll einen Beitrag dazu leisten, Aussagen zu diesem Thema auf eine empirische Grundlage zu stellen. Da es sich bei Armut um ein normatives Konzept handelt, erscheint es auf dem Hintergrund dieser öffentlichen Diskussion wichtig, klar herauszustellen, welche Berechnungsweisen diesen Aussagen zugrunde liegen. In Industrieländern stellt das Einkommen die zentrale Ressource für Konsummöglichkeiten, aber auch die Teilnahme an weiten Bereichen des öffentlichen Lebens dar. Von besonderem Interesse ist das gesamte Einkommen von Haushalten, das letztendlich den Haushaltsmitgliedern zur Verfügung steht. Das beinhaltet die verschiedenen Einzeleinkommen aller Haushaltsmitglieder (z.B. Arbeitseinkommen, Renten, Kindergeld, Sozialhilfe u.a.). Unterschiedliche Haushaltsgrößen werden meist durch eine Bedarfsgewichtung berücksichtigt. Der Bedarfsgewichtung liegt die Annahme zugrunde, daß in größeren Haushalten - als gemeinsam wirtschaftende Einheiten - der finanzielle Bedarf pro Haushaltsmitglied geringer ist als in kleinen Haushalten, um ein gleichwertiges Wohlstandsniveau zu erzielen.

### Inhalt

Zunehmende Kinderarmut in Deutschland? .....	1
Kindheit im sozialen Wandel .....	3
Zunehmende Arbeitsmarktintegration bei anhaltender sozialer Segregation .....	7
Soziologiekongreß 1996 in Dresden .....	11
Medienpluralität geht nicht auf Kosten der Printmedien .....	12
Wohlfahrtsmessung - Aufgabe der Statistik im gesellschaftlichen Wandel .....	16

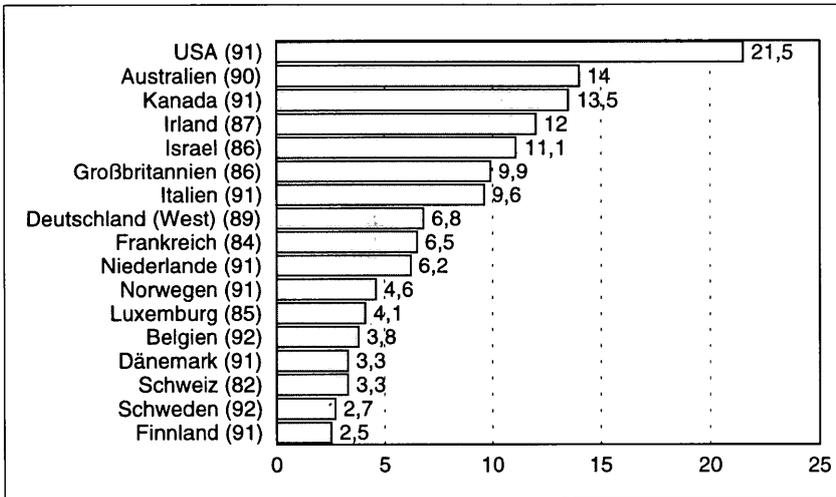
#### Deutsche Kinderarmutsquote im europäischen Mittelfeld

Für eine Bewertung von Quoten zur relativen Einkommensarmut ist eine Einordnung im internationalen Kontext - bei gleicher Berechnungsweise sehr nützlich. Smeeding und Rainwater (1995) haben in einer neueren Studie Kinderarmutsquoten auf der Basis von Umfragedaten für verschiedene westliche Industrieländer vorgestellt. In die Bedarfsgewichtung gehen die Familiengröße und das Alter des Familienvorstandes ein (vgl. Grafik 1). Als arm definiert werden nun Familien, deren Einkommen unter der Hälfte des Medians des bedarfsgewichteten Familieneinkommens liegen. Die Kinderarmutsquote stellt den Anteil der Kinder unter 18 Jahren in Familien unter der

Armutsgrenze dar. Die so berechnete Quote für die Bundesrepublik ist niedriger als bei anderen Berechnungsverfahren, die sich z.B. an das Bundessozialhilfegesetz bei der Bedarfsgewichtung anlehnen und außerdem nicht den Median, sondern das arithmetische Mittel (50 %) als Bezugsgröße für die Abgrenzung von relativer Armut benutzen.

Im internationalen Vergleich fallen die skandinavischen Wohlfahrtsstaaten sowie Belgien und die Schweiz mit sehr niedrigen Kinderarmutsquoten auf. Die westeuropäischen Staaten, außer Irland, weisen eine Quote unter zehn Prozent auf. Westdeutschland befindet sich mit 6,8 % im europäischen Mittelfeld. Höhere Quoten haben Italien mit 9,6 % und das Vereinigte Königreich mit 9,9 %, während

**Graphik 1: Kinderarmutsquoten in verschiedenen westlichen Industrieländern**



Erhebungsjahr in Klammern ( )

Quelle: Rainwater L., Smeeding T.M.: Doing Poorly: The Real Income of American Children in a Comparative Perspective. Luxemburg Income Study, Working Paper No. 127; Tabelle 2.

Frankreich und die Niederlande eine geringere Quote als Westdeutschland aufweisen. Auffallend ist die hohe Kinderarmut in den USA mit über 21 % - trotz eines vergleichsweise hohen Bruttosozialproduktes pro Einwohner auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene. Die geringeren wohlfahrtsstaatlichen Transferleistungen an bedürftige Haushalte, aber auch die große Einkommensungleichheit sind offenbar Faktoren, die für die hohe Quote in den USA entscheidend sind. Bemerkenswert ist, daß die Schweiz, trotz hoher Ungleichheit in der Einkommensverteilung, nur eine geringe Kinderarmut aufweist.

**Keine Zunahme der Kinderarmut in den letzten zehn Jahren**

Gibt es eine „zunehmende Infantisierung der Armut“? In den USA haben neben anderen Studien Rainwater und Smeeding (1995) seit Anfang der siebziger Jahre (13,1 %) eine erhebliche Steigerung der Kinderarmut bis Anfang der neunziger Jahre (21,5 %) mit Einkommensdaten festgestellt. Diese Entwicklung hat in den Vereinigten Staaten zu einer breiten wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion geführt. Auch die amtliche Statistik veröffentlicht dort regelmäßig Daten zur Kinderarmut. Die Aussagen in den Medien für die Bundesrepublik Deutschland beruhen dagegen nicht auf einer so breiten empirischen Basis. Daten der Sozial-

hilfestatistik zeigen, daß die Zahl der Kinder, die Sozialhilfe erhalten (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt), seit Anfang der achtziger Jahre erheblich gestiegen ist. Dabei handelt es sich allerdings mehr um Anstrengungen zur Armutsbekämpfung als um die Beschreibung von Armut.

Im Folgenden werden Untersuchungen zur Kinderarmut im Zeitvergleich von 1984 und 1994 dargestellt. Als Datengrundlage für diese Berechnungen dient das Sozio-ökonomische Panel, eine bevölkerungsrepräsentative Wiederholungsbefragung, die seit 1984 jährlich in den alten Bundesländern bei deutschen und ausländischen Haushalten durchgeführt wird. Seit 1990 wird auch Ostdeutschland (damals noch DDR) in die Längsschnittuntersuchung einbezogen. Die Berechnungen wurden für alle Haus-

haltsmitglieder in deutschen und ausländischen Haushalten durchgeführt. Zunächst wurde auf Haushaltsebene das Äquivalenzeinkommen und seine Verteilung berechnet. Da sich die weiteren Analysen auf Kinder beziehen, wurden als Untersuchungseinheiten nur Personen unter 18 Jahren berücksichtigt. Besonders um eine Vergleichbarkeit im internationalen Rahmen zu gewährleisten, wurde hier die Berechnung der Armutsquoten in Anlehnung an die Studie von Smeeding und Rainwater (1995) gewählt (weniger als 50 % -Medianwert bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen; vgl. Tabelle 1).

1984 lebten von den deutschen und ausländischen Kindern im früheren Bundesgebiet 6,1 % unter der Armutsschwelle. 1994 waren im gesamten Bundesgebiet nach der Wiedervereinigung 5,1% der Kinder arm. Das entspricht etwa 810 000 Kindern gegenüber 669000 Kindern 1984. Insgesamt ist somit zwar ein Anstieg der absoluten Zahl bei der Kinderarmut festzustellen - der Anteil hat sich allerdings nicht erhöht. Kinder in Haushalten mit deutschem Haushaltsvorstand waren 1984 mit einem Anteil von 5,8 % etwas weniger von Armut betroffen als Kinder mit ausländischem Haushaltsvorstand (8,8 %). Unterscheidet man für das Jahr 1994 verschiedene Bevölkerungsgruppen, waren Kinder in Ostdeutschland mit einem Anteil von 9,9 % stärker von Einkommensarmut betroffen als in Westdeutschland. In den alten Bundesländern betrug die Kinderarmutsquote 1994 für Kinder mit deutschem Haushaltsvorstand 3,7 % und für Kinder mit ausländischem Haushaltsvorstand 5,1%.

Zunehmend mehr Kinder leben bei einem alleinerziehenden Elternteil. Diese Entwicklung trägt auch zur Armut bei Kindern bei. So lebten 1984 in der Bundesre-

**Tabelle 1: Kinderarmut in der Bundesrepublik 1984 und 1994**

	Anteile in %			
	1984		1994	
	West	Gesamt	West	Ost
alle Kinder	6,1	5,1	3,8	9,9
Kinder von Alleinerziehenden	34,6	25,0	22,2	34,6
deutscher Haushaltsvorstand	5,8	5,1	3,7	9,9
ausländischer Haushaltsvorstand	8,8	5,0	5,1	-

Datenbasis: Sozioökonomisches Panel: Querschnitte Wellen 1 + 11

publik von allen Kindern unter der Armutsschwelle 43 % bei einem alleinerziehenden Elternteil - 1994 waren es 46 %. Das Leben in unvollständigen Familien und Kinderarmut hängt somit eng zusammen. Mit der Ausbreitung dieser Lebensform ist die Wahrscheinlichkeit „arm“ zu sein innerhalb dieser Gruppe jedoch gesunken: 1984 lebten noch 35 % aller Kinder mit alleinerziehendem Elternteil unter der Armutsschwelle, 1994 waren es dagegen 25 %. Das dürfte nicht zuletzt damit zusammenhängen, daß hier eine zunehmende Inanspruchnahme von Sozialhilfe festzustellen ist: 1984 bezogen noch 53 % der Kinder in Alleinerziehendenhaushalten Sozialhilfe, 1994 waren es bereits 71 % - was wohl auch eine weitere Ausdehnung der Kinderarmut verhindert hat. Im ostdeutschen Transformationsprozeß hat sich allerdings im Zusammenhang mit der hohen Arbeitslosigkeit und dem Wegfallen umfassender Kinderbetreuungseinrichtungen die Armut vor allem in Haushalten von Alleinerziehenden deutlich erhöht. 1994 befanden sich von den Kindern in den neuen Bundesländern, die bei einem alleinerziehenden Elternteil leben, 34,6 % unterhalb der Armutsschwelle.

Während nun Alleinerziehende in verstärktem Maße Unterstützung durch Sozialhilfe erfahren, kommt diese Unterstützung in anderen Familienformen mit Kindern seltener vor. So findet man, daß zu beiden Untersuchungszeitpunkten jeweils mehr als zwei Drittel aller Kinder in Haushalten unter der Armutsschwelle keine Sozialhilfe erhielten. Dabei zeigt sich, daß Kinder in Haushalten mit Sozialhilfebezug Mitte der neunziger Jahre seltener unter die Armutsgrenze absanken als noch Mitte der achtziger Jahre: 1994 lebten 33 % der Kinder in Haushalten, die Sozialhilfe bezogen, gleichzeitig auch unterhalb der Armutsschwelle, 1984 waren es noch 57 %. Das Instrument Sozialhilfe hat demnach zur Bekämpfung von Kinderarmut an Wirksamkeit gewonnen.

Armutquoten hängen in starkem Maße von der zugrundeliegenden Berechnungsweise ab. Bei einer Vorgehensweise, wie sie hier eine international vergleichende Studie vorgibt, erscheint die Kinderarmut weniger dramatisch als es verschiedene Berichte in den Medien befürchten lassen. Der Vergleich mit den skandina-

vischen Ländern zeigt dennoch, daß Kinderarmut erfolgreicher bekämpft werden kann als dies in der Bundesrepublik geschieht. Die starke Zunahme von Kinderarmut bei Alleinerziehenden in Ostdeutschland macht aber deutlich, daß neben wohlfahrtsstaatlichen Transferleistun-

gen auch Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine wichtige Komponente in der Bekämpfung von Kinderarmut darstellen.

Stefan Weick, ZUMA  
(Tel. 0621/1246-245)

## Kindheit im sozialen Wandel

### Der „Bericht zur Situation der Kinder in Baden-Württemberg“

**Kinder sind von sozialen Veränderungsprozessen direkt betroffen – die hohe Zahl der Arbeitslosen, Veränderungen in den Formen familiären Zusammenlebens, der Wandel in den Beziehungen zwischen Eltern und Kindern, die Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt, die Zunahme des Individualverkehrs sind nur einige Beispiele dafür. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich die Lebenswelten und der Alltag von Kindern je nach regionalen, sozialen, gruppen- und geschlechtsspezifischen sowie individuellen Faktoren ganz unterschiedlich darstellt. Insofern spiegelt auch die Lebenssituation von Kindern die „neue“ Unübersichtlichkeit, die häufig beschriebenen Individualisierungsprozesse und den Zerfall übergreifender sozialer Strukturen wider. Um so dringender ist die differenzierende Analyse der tatsächlichen Lebensbedingungen der Kinder. Der „Bericht zur Situation der Kinder in Baden-Württemberg“ leistet hierzu einen wesentlichen Beitrag. Der folgende Artikel gibt einen Überblick über die Zielsetzung, die Vorgehensweise und einige wesentliche Ergebnisse des Kinderberichts, der vom Ministerium für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst des Landes Baden-Württemberg im August 1995 veröffentlicht wurde.**

#### Lebenswirklichkeit und Problemlagen von Kindern vielfältig

Zielvorgabe für die Erstellung des Kinderberichts war es, eine möglichst umfassende, aktuelle und nach unterschiedlichen Lebenslagen differenzierte Darstellung der Lebenssituation von Kindern in Baden-Württemberg zu leisten. Eine derartige zusammenfassende Betrachtung bietet die Grundlage für die Entwicklung politischer Handlungsperspektiven und für die konzeptuelle und organisatorische Weiterentwicklung der Angebote der Jugendhilfe. Darüber hinaus war es ein wesentliches Anliegen, das Interesse der Öffentlichkeit an der Lebenssituation von Kindern zu wecken und wachzuhalten und den Belangen von Kindern öffentliche Aufmerksamkeit zu sichern. Die Erarbeitung und Bewertung kurzfristig umsetzbarer Handlungsalternativen oder die Prüfung der Wirksamkeit und der „Nachfrageorientierung“ entsprechender Maßnahmen war dagegen nicht das vorrangige Ziel des Kinderberichts.

Die Ausführungen im Kinderbericht beruhen im wesentlichen auf der Analyse vorliegender Daten. Dabei wurden sowohl Angaben aus der amtlichen Statistik genutzt wie auch Forschungsergebnisse aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Arbeitsbereichen. Aussagen von Kindern wurden ebenfalls einbezogen. Zusätzlich wurde eine Gemeindevollerhebung durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Befragung sind in den einzelnen Kapiteln des Kinderberichts eingearbeitet.

Im ersten Teil des Kinderberichts wird die demographische Entwicklung analysiert. Die Darstellung der Situation der Kinder in wichtigen Lebensbereichen (Familie, wirtschaftliche Situation, Kinder und Arbeitswelt, Wohnen, Gesundheit, Tagesbetreuung, Schule und Freizeit) ist das Thema des zweiten Teils. Der dritte Teil beschäftigt sich mit Kindern, die besondere Hilfen brauchen: Kinder ausländischer Herkunft, Kinder mit Behinderungen, Kinder mit psychosozialen Auffälligkeiten und psychischen Erkran-



kungen, von Scheidung betroffene Kinder und Kinder als Opfer und Urheber von Gewalt. Die Hilfs- und Unterstützungsangebote werden ebenfalls behandelt. Der vierte Teil des Kinderberichts ist dem Thema „Kinderpolitik als Querschnittsaufgabe“ gewidmet: Grundlagen, Strukturen und Realisierungsmodelle von Kinderpolitik werden vorgestellt und diskutiert.

**Langfristig abnehmende Zahl von Kindern**

Durch Wanderungsgewinne und Geburtenüberschüsse wuchs die Bevölkerung in Baden-Württemberg zwischen 1950 und 1993 um 3,8 Millionen auf jetzt 10,2 Millionen Einwohner. Der abnehmenden Kinderzahl in den siebziger und achtziger Jahren steht nun wieder eine gewisse Zunahme gegenüber: lebten zu Beginn der siebziger Jahre 2,2 Mio. Kinder in Baden-Württemberg, so waren es 1984 nur noch 1,4 Mio; für das Jahr 1999 rechnet man mit 1,8 und für das Jahr 2010 mit rund 1,5 Mio. Kindern. Die Zunahme der Schülerzahlen führt zu wachsenden Anforderungen an die schulische Versorgung der Kinder und wahrscheinlich auch zu einer steigenden Nachfrage nach Plätzen in der Tagesbetreuung. Regionale Unterschiede machen eine erhebliche Flexibilität in den Planungen und den Angebotsstrukturen erforderlich. Kleinräumige Analysen sind hier unverzichtbare Grundlagen der Planung. Betrachtet man den prozentualen Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung (d.h. Kinder, die

noch nicht 15 Jahre alt sind), so wird deutlich, daß sich die Bevölkerungsstruktur in Richtung auf ältere Bevölkerungsgruppen verschiebt: 1970 waren 25 % der Einwohner Baden-Württembergs Kinder, 1993 lag ihr Anteil bei 16,9 % und für die Jahre nach der Jahrtausendwende wird mit einem Rückgang des Anteils auf 13,5 % gerechnet. Die Unterschiede im Altersaufbau der Bevölkerung und die jeweils unterschiedlichen Wanderungsbewegungen führen zu deutlichen regionalen Ungleichgewichten in der Entwicklung. Schon jetzt läßt sich feststellen, daß Kinder - im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung - eher in ländlichen Gebieten wohnen, in großen Städten ist ihr Anteil besonders niedrig. Die relative Abnahme der Kinderzahl könnte u. a. dazu führen, daß Kinder in ihren Rechten und Bedürfnissen weniger wahrgenommen werden, daß sie vereinzelter aufwachsen und sich mehr auf organisierte Formen des Zusammentreffens mit anderen Kindern orientieren müssen.

**Zerfall oder Fortbestand der Familie ?**

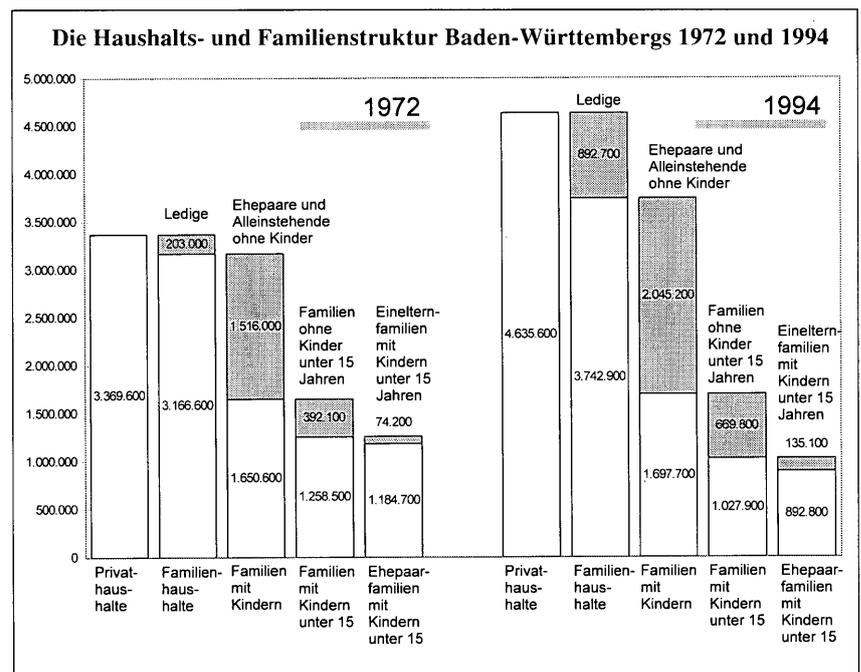
Die Familie ist ohne Zweifel ein besonders wichtiger Bereich im Alltag von Kindern, auch wenn die Bedeutung der Fami-

lie und ihre Wahrnehmung durch die Kinder je nach ihrem Alter ganz unterschiedlich ist. Von einem generellen Bedeutungsverlust der Familie kann nicht gesprochen werden. Die Art, die Dauer und die Kontinuität des familiären Zusammenlebens haben sich allerdings in den letzten Jahrzehnten deutlich geändert (vgl. Graphik 1).

Das läßt sich u. a. am gestiegenen Risiko von Kindern, eine Scheidung der Eltern zu erfahren, ablesen: waren 5,1 % der Kinder der Geburtsjahrgänge 1948 bis 1958 mit der Scheidung ihrer Eltern konfrontiert, so sind es bei den zwischen 1974 und 1978 geborenen Kindern 10,4 %. Allerdings ist die Zahl der Scheidungen im Verhältnis stärker gestiegen als die Zahl der von Scheidung betroffenen Kinder. Zu beachten ist auch, daß von den schätzungsweise 150.000 minderjährigen Kindern in Baden-Württemberg, die die Scheidung ihrer Eltern erlebt haben, ungefähr die Hälfte bei einem wiederverheirateten Elternteil lebt (Bezugsjahr 1991).

Differenzierungen sind auch erforderlich bei der Betrachtung der zunehmenden Pluralisierung der Familienformen: für über neunzig Prozent der in Baden-Württem-

**Graphik 1:**



Quelle: Bericht zur Situation der Kinder in Baden-Württemberg, S. 22, (Agentur für Stadtplanung und Sozialforschung Weeber und Partner in Stuttgart)

berg lebenden Kinder ist die herkömmliche Form der Familie als gemeinsamer Haushalt verheirateter Eltern mit ihren leiblichen Kindern die alltägliche Lebensrealität. Allerdings hat sich die Zahl alleinerziehender Eltern zwischen 1972 und 1992 mehr als verdoppelt. Ähnliches gilt für den Geschwisterkontext der Kinder: mehr Kinder als früher wachsen als Einzelkinder auf (1992 schätzungsweise 15 %), die Hälfte der Kinder haben einen Bruder oder eine Schwester. Bedeutsame Veränderungen lassen sich auch in den Beziehungen zwischen Eltern und Kindern in der Familie feststellen, wobei die verbreitete Vorstellung von der „nachlassenden Erziehungskraft“ der Familie nicht unkritisch übernommen werden sollte.

### **Mangel an kindgerechten Lebensräumen**

Die Wohnsituation von Familien mit Kindern hat sich in Baden-Württemberg in den letzten Jahren verbessert. Allerdings haben Familien mit Kindern immer noch deutlich weniger Wohnfläche und weniger Wohnräume pro Person zur Verfügung als Familien ohne Kinder. 7,4 % der Ehepaare mit einem Kind hatten 1993 weniger als 60 qm zur Verfügung und lagen damit unter den „Kölner Empfehlungen“ zum Wohnungsbau. Die Wohnkostenbelastung von Familien mit Kindern ist höher als die ohne Kinder, ihr verfügbares Einkommen dagegen im Durchschnitt wesentlich geringer. 1988 wendeten Familien mit Kindern im Durchschnitt 27 % ihres Haushaltsnettoeinkommens für Wohnkosten auf, bei Alleinerziehenden, Familien mit geringem Einkommen und jungen Familien machten diese Ausgaben bis zu 50 % aus.

Verschiedene Bevölkerungsgruppen sind also von den Problemen in der Versorgung mit Wohnraum und der Schaffung angemessener räumlicher Bedingungen für ihre Kinder in ganz unterschiedlicher Weise betroffen. Problematisch ist die Situation insbesondere für Kinder von Alleinerziehenden, ausländische Kinder und Kinder aus Familien, die obdachlos sind. Auf der Grundlage der Gemeindeerhebung wird geschätzt, daß es in Baden-Württemberg 1993 etwa 10.600 „eingewiesene“ Haushalte gab, in denen ca. 8.000 Kinder lebten. Diese Gruppe ist allerdings nur ein Ausschnitt aus dem Kreis der Betroffenen; exakte Zahlen liegen nicht vor.

Aber nicht nur die Wohnung hat entscheidenden Einfluß auf die Lebensqualität von Kindern, auch das Wohnumfeld spielt hier eine große Rolle. Eine Untersuchung in Freiburg zeigt, daß weniger als 40 % der Kinder in einem günstigen Wohnumfeld leben. Die Aktionsraumqualität, also die Nutzungsmöglichkeiten und die Zugänglichkeit der Wohnumgebung für Kinder, läßt häufig zu wünschen übrig. Dies macht sich in den Freizeitaktivitäten der Kinder bemerkbar: die Nutzung elektronischer Medien ist dort besonders ausgeprägt, wo die Spielmöglichkeiten außerhalb der Wohnung ungünstig sind. Der Bedarf an organisierten Nachmittagsangeboten ist in diesen Wohngebieten besonders hoch.

Das Verkehrsunfallrisiko für Kinder und die Art der Verkehrsunfälle sind je nach Alter der Kinder, ihrem Geschlecht, der Art ihrer Verkehrsbeteiligung und ihrer Staatsangehörigkeit unterschiedlich: ältere Kinder sind stärker gefährdet, Jungen erleiden häufiger Unfälle als Mädchen, kleine Kinder verunglücken häufiger als Mitfahrer, Grundschulkind häufiger als Fußgänger und Kinder im Alter von 10 bis unter 15 Jahren werden zu mehr als der Hälfte als Fahrradfahrer in Unfälle verwickelt. Ausländische Kinder haben ein höheres Verkehrsunfallrisiko als deutsche Kinder. Insgesamt liegt dieses Risiko bei Kindern unter dem anderer Bevölkerungsgruppen. In den letzten Jahren ist in Baden-Württemberg ein abnehmender Trend in den Unfallzahlen zu beobachten. Dennoch ist ein erheblicher Teil der gesundheitlichen Schädigungen von Kindern durch Unfälle auf den Verkehr zurückzuführen.

### **Neue Anforderungen an die Kinderbetreuung**

Die Zahl der Plätze in Tageseinrichtungen für Kinder im Kindergartenalter hat von 1993 bis 1994 in Baden-Württemberg um knapp 2,5 % zugenommen, wobei die Zunahme bei Regelkindergärten mit Zusatzbetreuung und bei Einrichtungen mit verlängerten Öffnungszeiten am deutlichsten ausfiel (16 bzw. 19 %). Träger sind zu knapp 60 % die Kirchen, zu 37,5 % sind es kommunale Träger. Die Rahmenbedingungen unterscheiden sich je nach Angebotsform: so beträgt die Regelgruppengröße für Regelkindergärten 25 Kinder, für Kindergärten mit bedarfsgerechten Öffnungszeiten 22 und für

Ganztagskindergärten 20 Kinder. Die Versorgungsquoten im Kindergartenbereich lagen 1994 in Baden-Württemberg im Durchschnitt bei 93,4 % (bezogen auf Kinder im Alter zwischen 3 und 6 Jahren).

Das Angebot an Krippenplätzen ist sehr gering, 1994 wurden nur ein Prozent der Kinder unter 3 Jahren in einer Krippe betreut. Auch bei den Kindern im Schulalter ist die Besuchsquote niedrig: 2,3 % der 6 - 10 jährigen und 1,1 % der 6 - 15 jährigen besuchen einen Hort (Bezugsjahr 1993).

Während der Bedarf an Kindergartenplätzen durch den ab 1996 geltenden Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz weitgehend festgelegt ist, ist er für Kinder unter 3 Jahren und für Kinder im Schulalter wesentlich schwieriger zu ermitteln. Bei der Ganztagsbetreuung für Schulkinder gehen kleinere Gemeinden von einem Bedarf von 8 % der Schulkinder aus, größere Städte legen einen Anteil von 14 % zugrunde. Für die 0 - 3 jährigen werden Planungsrichtwerte von 4 - 9 % dieser Altersgruppe genannt.

### **Kinder und Gewalt: eher Opfer als Täter**

Kinder sind individueller und struktureller Gewalt in besonderem Maß ausgesetzt. Die verfügbaren Daten bilden allerdings nur einen beschränkten Bereich der Gewalt gegen Kinder ab: im Jahr 1994 wurden in Baden-Württemberg 3.302 Kinder (1.265 Jungen, 2.037 Mädchen) Opfer einer Straftat, die ihre körperliche oder seelische Unversehrtheit bedrohte oder schädigte (dazu gehören Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Mißhandlung Schutzbefohlener, gefährliche und schwere Körperverletzung, Raub, versuchte und vollendete Tötung). Die Zahl der Raub- und Körperverletzungsdelikte, bei denen Kinder die Opfer waren, und die Zahl der in der Polizeistatistik erfaßten Sexualstraftaten haben sich seit Anfang der achtziger Jahre erhöht: so wurden 1994 20,7 % mehr Kinder als Opfer von Sexualstraftaten erfaßt als 1982. Ungefähr gleichgeblieben ist die Zahl der betroffenen Kinder durch Delikte im Sinne des § 223b StGB (Mißhandlung Schutzbefohlener). Zu den nicht polizeilich erfaßten Gewalthandlungen (Dunkelfeld) liegen nur Schätzungen vor. Danach ist die Zahl sexueller Gewaltta-

ten an Mädchen zwischen 18 und 20 mal höher anzusetzen als die in der Polizeilichen Kriminalstatistik berichteten Zahlen.

Kinder sind aber nicht nur Opfer von Gewalt, sondern sie sind auch Urheber gewaltsamer Handlungen. Die Auswertung einer Untersuchung über raufereibedingte Unfälle an Schulen für den Zeitraum 1982 bis 1991 ergibt zwar keinen ansteigenden Trend und auch keinen Hinweis auf eine zunehmende Brutalisierung der Auseinandersetzungen zwischen Kindern, wohl aber eine deutliche Ungleichverteilung in Bezug auf die einzelnen Schularten. Die Zahl tatverdächtiger Kinder hat nach Auswertungen des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg zwischen 1984 und 1994 um 58 % zugenommen. Allerdings liegt die Zunahme bei Kindern unter der bei anderen Altersgruppen. Bei Delikten im Bereich der Gewaltkriminalität (u. a. Mord, vorsätzliche Tötung, Vergewaltigung, Raub, räuberische Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer, Körperverletzung mit Todesfolge, gefährliche und schwere Körperverletzung) ist zwischen 1984 und 1992 keine Zunahme zu beobachten, zwischen 1993 und 1994 stieg die Zahl der erfaßten Delikte allerdings deutlich.

Insgesamt ist festzustellen, daß die verfügbaren Daten unzureichend sind. Pauschale Schlußfolgerungen und verallgemeinernde Aussagen sind wenig hilfreich. Statt dessen muß der Versuch gemacht werden, die realen Entwicklungen zu analysieren und zu verstehen, um darauf aufbauend geeignete Maßnahmen der Vorbeugung und der Hilfestellung zu entwickeln. Die Gestaltung einer kindgerechten Lebensumwelt kann hier einen wesentlichen Beitrag leisten, ebenso gezielte Angebote für bestimmte Gruppen von Kindern (z. B. die sogenannte „Lückekinder“, also Kinder im Alter von 10 - 14 Jahren, die für die klassischen Kinder- (Kultur-)Angebote zu alt und für jugendlichen-Angebote noch zu jung sind).

#### **Perspektiven einer „Politik für Kinder“**

Politik für Kinder findet ihre Legitimation nicht nur in humanitären und staatsbürgerlichen Überlegungen, sondern ist auch ganz wesentlich im eigenständigen Wert der Lebensphase „Kindheit“ begründet. Dies kommt auch in der umfassenden

Zielbeschreibung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes zum Ausdruck (vgl. § 1 KJHG). Politik für Kinder umfaßt dabei sowohl unterschiedliche Ebenen politischen Handelns (Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik) wie auch unterschiedliche Handlungsbereiche (u. a. Bildungs-, Sozial-, Verkehrs- und Arbeitsmarktpolitik). Kinderpolitik ist daher als Querschnittsaufgabe zu verstehen, die die Analyse aller relevanten Lebensbereiche von Kindern voraussetzt und eine intensive Kooperation der unterschiedlichen Handlungsträger notwendig macht.

Kommunalen Maßnahmen kommt dabei eine wesentliche Bedeutung zu. Im Kinderbericht werden eine Reihe von Organisationsformen kommunaler Kinderpolitik beschrieben. Zu nennen sind hier z. B. die Modellprojekte „Kinderfreundliche Stadt“ in Konstanz und Tübingen, die Einrichtung von Verwaltungsgruppen und Arbeitsgemeinschaften, Kinderkommissionen, Kinderanwälte, Kinderbeauftragte und Kinderbüros. In einigen Gemeinden Baden-Württembergs wird geprüft, inwieweit Kinderverträglichkeitsprüfungen eine geeignete Möglichkeit darstellen, den Interessen von Kindern Geltung zu verschaffen. Erfahrungen aus den oben genannten Ansätzen weisen daraufhin, daß es - neben allen positiven Auswirkungen - immer noch schwierig ist, die Interessen der Kinder im Konflikt mit anderen Interessen durchzusetzen und das Vorgehen der Verwaltung zu koordinieren. Vorhaben, in denen Kinder selbst direkt in politisches Handeln einbezogen werden, sollten sich auf konkrete Projekte im Erfahrungsbereich der Kinder beziehen und die kindlichen Erfahrungs- und Handlungsweisen berücksichtigen (z.B. keine Stellvertreterwahl, sondern gemeinsame Aktionen).

#### **Kinder vielfältig von sozialem Wandel betroffen**

Der Kinderbericht bietet eine differenzierte und materialreiche Darstellung der wichtigsten Lebensbereiche von Kindern in Baden-Württemberg. Er macht deutlich, daß und in welcher Form diese Lebensbereiche vernetzt sind: Gesundheit und Krankheit der Kinder z. B. ist mit wirtschaftlichen, sozialräumlichen, sozioökonomischen, kulturellen und sozialen Prozessen verbunden (u. a. Werbung in den Medien, Warenangebot für Kinder und Suchtverhalten; Gefährdungen im

Verkehr; Gewalt in der Familie; kulturelle Gewalt gegen Mädchen und Frauen). Präventive Maßnahmen und Angebote der Jugendhilfe müssen sich auf diesen vernetzten Handlungsraum beziehen. Initiativen in einem Bereich können Wirkungen in ganz anderen Bereichen zeigen, etwa wenn die Förderung von Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und die Verbesserung der Aktionsraumqualität zu einer Abnahme delinquenten und gewalttätigen Verhaltens von Kindern beiträgt.

Der Kinderbericht zeigt, daß Kinder vielfältig vom sozialen Wandel betroffen sind: Sie sind einbezogen in einen Prozeß gesellschaftlichen Wandels, auf den sie kaum Einfluß haben, der ihr Leben aber sehr weitgehend bestimmt. Neben bekannte Problemgruppen und Problemlagen treten neue Gefährdungen. Aufgabe (nicht nur) politischen Handelns ist es, dafür zu sorgen, daß aus der Lage der Kinder keine Notlage wird und daß Kinder nicht als die Verlierer aus diesem Prozeß hervorgehen.

*Jochen Hettinger  
Ministerium für Familie, Frauen,  
Weiterbildung und Kunst  
Baden-Württemberg,  
Tel.: (0711-644-2613)*

# Zunehmende Arbeitsmarktintegration bei anhaltender sozialer Segregation

## Strukturwandel der ausländischen Bevölkerung

Nach dem zweiten Weltkrieg hat der Westen Deutschlands mehr Zuwanderer integriert als jeder andere europäische Industriestaat. Dennoch verstand sich Westdeutschland nie als Einwanderungsland. Vertriebene, Flüchtlinge aus der DDR und Aussiedler wurden nicht als Einwanderer gezählt. Auch die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte in den 60er Jahren aus den Mittelmeeranrainerstaaten war nur als temporäre Maßnahme zur Überbrückung von Perioden extremen Arbeitskräftemangels gedacht. Um eine dauerhafte Ansiedlung ausländischer Arbeitskräfte zu vermeiden, wurde diesen nur eine befristete Aufenthaltserlaubnis erteilt, nach deren Ablauf sie das Land verlassen mußten und durch andere Arbeitskräfte ersetzt wurden. Dieses Rotationsprinzip wurde nach dem Anwerbestopp im Jahre 1973 ausgesetzt. Nur wenige der zu diesem Zeitpunkt in Westdeutschland lebenden Ausländer entschlossen sich zu einer Rückkehr in ihr Heimatland. Viele holten ihre Familien nach. Damit wurde Westdeutschland zum Einwanderungsland, ohne daß der ausländischen Bevölkerung bislang jedoch der Status von Einwanderern zugestanden wurde. Ausländische Arbeitskräfte wurden vor allem für Tätigkeiten in der Industrie angeworben, die nur geringe Qualifikationsanforderungen stellten. Folglich gliederten sie sich überwiegend am unteren Ende der beruflichen Hierarchie ein. Dadurch wurde die westdeutsche Sozialstruktur gewissermaßen unterschichtet. Im folgenden wird der Frage nachgegangen, ob diese ethnische Unterschichtung der westdeutschen Sozialstruktur dauerhaft ist, oder ob mit längerem Aufenthalt und insbesondere in der generationalen Abfolge die Disparitäten zwischen deutscher und ausländischer Bevölkerung allmählich geringer werden.

Am Beispiel der Veränderungen der beruflichen Stellung und der Branchenzugehörigkeit wird im folgenden der Wandel in der Beschäftigungsstruktur von ausländischen und deutschen Erwerbstätigen vergleichend abgebildet. Dabei wird der Frage nachgegangen, ob sich die Konzentration der ausländischen Bevölkerung in den unteren Bereichen des Arbeitsmarktes verfestigt oder allmählich auflöst. Daten zum Erwerbsverlauf wurden zudem dahingehend analysiert, inwiefern ausländische Beschäftigte häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Abschließend werden einige Indikatoren zur sozialen Integration betrachtet. Als Datenbasis hierfür wird das Sozio-Ökonomische Panel (SOEP) verwendet, das seit 1984 jährlich durchgeführt wird. Da sich die hier betrachteten Gruppen ausländischer Arbeitnehmer fast ausschließlich auf Westdeutschland konzentrieren, bilden die Beschäftigten der alten Bundesländer die entsprechenden Vergleichsgruppen. Neben dem strukturellen Wandel zwischen den Generationen richtet sich das Augenmerk im folgenden

besonders auf türkische Zuwanderer und ausländische Frauen, da diese gemeinhin als besonders benachteiligt gelten. Da angenommen werden kann, daß sich der

Prozeß der deutschen Einigung auch auf die Arbeitsmarktchancen von ausländischen Beschäftigten ausgewirkt hat, wird hier die Zeit nach der Vereinigung (1990 bis 1994) betrachtet.

### Ausländische Beschäftigte häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen

Die Arbeitsmarktintegration der ausländischen Bevölkerung wird anhand der beruflichen Stellung und der Branchenzugehörigkeit von ausländischen und deutschen Beschäftigten analysiert. Zur Abbildung der Erwerbsverläufe werden die Kalendarien des SOEP ausgewertet, die Erwerbsinformationen auf Monatsbasis für das dem Befragungsjahr vorangegangene Kalenderjahr enthalten. Da die Angaben jeweils für das Jahr vor der Befragung gemacht wurden, beziehen sich die Analysen auf den Zeitraum von Januar 1989 bis Dezember 1993. Betrachtet werden dabei Personen im erwerbsfähigen Alter, die im Analysezeitraum nicht dauerhaft arbeitslos waren.

Insgesamt ist der Anteil der ausländischen Beschäftigten, die zwischen 1989 und 1993 arbeitslos waren, höher als bei deutschen (Tabelle 1). Zwischen ausländischen Männern und Frauen bestanden kaum Unterschiede in der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit. Der Anteil der deutschen Frauen, die im Untersuchungszeitraum arbeitslos waren, entsprach dem der ausländischen Frauen und lag somit deutlich über dem deutscher Männer. In der zweiten Generation der in Deutschland

**Tabelle 1: Betroffenheit von Arbeitslosigkeit zwischen 1989 und 1993**

	Mindestens einmal arbeitslos		Kumulierte Dauer der Arbeitslosigkeit	
	Ausländer	Deutsche	Ausländer	Deutsche
	in %		in Monaten	
<b>Insgesamt</b>	26	17	17	12
2. Generation	29	25	9	7
Frauen	27	27	14	10
Türken	31		16	
<b>Bildung</b>				
Ohne Bildungsabschluß	24	32	18	8
Pflichtschule im Ausland	24		17	
Höhere Schule im Ausland	23		24	
Hauptschule	33	19	12	14
Mittlere Reife/Abitur	21	14	17	9

Datenbasis: Das Sozio-Ökonomische Panel, Längsschnittdatensatz der Jahre 1990 - 1994.

lebenden Ausländer liegt der Anteil derer, die im Untersuchungszeitraum arbeitslos waren, über dem der Ausländer insgesamt. Zur zweiten Generation wird hier gerechnet, wer eine deutsche Schule besucht hat. Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit einer entsprechenden deutschen Altersgruppe wurde als zusätzliches Kriterium eine obere Altersgrenze von 25 Jahren gesetzt. Somit konzentrieren sich die Analysen für die zweite Generation auf die Berufseinmündungsphase. Eine höhere Betroffenheit von Arbeitslosigkeit zeigt sich jedoch nicht nur bei der zweiten Generation, auch Deutsche dieser Altersgruppe sind häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen. Der Anteil der türkischen Arbeitnehmer, die im Untersuchungszeitraum arbeitslos waren, lag deutlich über dem Durchschnitt.

Ausländer, die im Untersuchungszeitraum arbeitslos waren, blieben länger arbeitslos als deutsche. Es fällt auf, daß sowohl Ausländer der zweiten Generation als auch die entsprechende deutsche Altersgruppe durchschnittlich zwar häufiger arbeitslos waren als ältere Arbeitnehmer, daß die Dauer der Arbeitslosigkeit jedoch verhältnismäßig kurz war. Bedingt durch den Übergang von der Schule/Ausbildung in den Beruf waren die Erwerbszeiten dieser Gruppe im Durchschnitt kürzer. Deshalb besteht häufig kein oder nur begrenzter Anspruch auf Arbeitslosengeld. Auch ausländische und deutsche Frauen sind häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen, aber auch insgesamt kürzer in Arbeitslosigkeit. Auch hier könnte eine unterschiedliche Anspruchsberechtigung auf Arbeitslosengeld von Männern und Frauen ein erklärender Faktor sein. Aufgrund der Beschäftigung in den unteren Positionen des Arbeitsmarktes überrascht die höhere Betroffenheit ausländischer Arbeitnehmer von Arbeitslosigkeit zunächst wenig. Es stellt sich daher die Frage, ob ausländische Beschäftigte mit höherem Bildungsgrad seltener von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Ausländische Beschäftigte mit einem höheren, im Ausland erworbenen Bildungsabschluß, unterscheiden sich kaum in der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit von Zuwanderern, die lediglich eine Pflichtschule im Ausland absolviert haben. Bei der Gruppe derer, die einen deutschen Bildungsabschluß erworben haben, sind diejenigen mit Mittlerer Reife oder Abitur etwas seltener von Arbeitslosigkeit betroffen als Ausländer insgesamt. Eine höhere Be-

troffenheit von Arbeitslosigkeit zeigt sich bei Ausländern, die über einen deutschen Hauptschulabschluß verfügen. Dies dürfte insbesondere auf die Probleme des Übergangs von der Ausbildung in den Beruf bei der zweiten Generation zurückzuführen sein. Während bei deutschen Beschäftigten mit höherem Bildungsgrad die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit deutlich geringer ist, fallen die Unterschiede nach Bildung bei ausländischen Beschäftigten weniger deutlich aus. Auch die Dauer der Arbeitslosigkeit zwischen 1989 und 1993 deutet nicht auf höhere Arbeitsmarktchancen von ausländischen Beschäftigten mit mittleren und höheren Bildungsgraden hin. Diejenigen, die eine höhere Schule im Ausland besucht haben, sind durchschnittlich sogar länger arbeitslos als ausländische Beschäftigte insgesamt. Ausländer mit einem

Hauptschulabschluß sind durchschnittlich kürzere Zeit ohne Arbeit. Ausländische Hauptschulabsolventen sind jedoch zu großen Teilen in der Phase des Übergangs von der Schule in den Beruf und haben im Untersuchungszeitraum geringere Erwerbszeiten und somit auch eine geringere Anspruchsberechtigung auf Arbeitslosenunterstützung. Bildungserträge sind bei ausländischen Erwerbstätigen im Hinblick auf die Beschäftigungsstabilität weniger deutlich als bei deutschen Beschäftigten.

**Ausländer der zweiten Generation in besseren Positionen**

Im folgenden wird die berufliche Mobilität im Vergleich von ausländischen und deutschen Arbeitnehmern anhand der Stellung im Beruf und der Branchenzu-

**Tabelle 2: Berufliche Stellung und berufliche Mobilität von ausländischen und deutschen Beschäftigten 1984 - 1994 (in Prozent)**

	Ausländer		Deutsche <sup>1</sup>	
	1990	1994	1990	1994
Fallzahlen (N)	1106	1148	2833	2867
<b>Insgesamt</b>				
Ungelernte Arbeiter	22	16	4	3
Angelernte Arbeiter	37	44	11	9
Facharbeiter/Meister	27	22	19	17
Einfache Angestellte	5	6	9	12
Mittlere/gehobene Angestellte	5	6	37	39
Selbständige	5	6	10	10
<b>Zweite Generation<sup>2</sup></b>				
Ungelernte Arbeiter	13	7	4	2
Angelernte Arbeiter	29	27	9	4
Facharbeiter/Meister	37	28	31	28
Einfache Angestellte	13	20	16	16
Mittlere/gehobene Angestellte	9	16	31	37
Selbständige	0	2	3	4
<b>Frauen</b>				
Ungelernte Arbeiter	38	25	8	5
Angelernte Arbeiter	35	39	13	11
Facharbeiter/Meister	9	5	5	4
Einfache Angestellte	10	17	19	24
Mittlere/gehobene Angestellte	7	11	43	41
Selbständige	2	3	7	9
<b>Türkische Zuwanderer</b>				
ungelernte Arbeiter	26	19		
Angelernte Arbeiter	37	40		
Facharbeiter/Meister	24	21		
Einfache Angestellte	3	7		
Mittlere/gehobene Angestellte	3	5		
Selbständige	6	8		

<sup>1</sup> Der zu 100% fehlende Wert entspricht dem Beamtenanteil.

<sup>2</sup> Für Deutsche: Die gleiche Altersgruppe (16 bis 25 Jahre).

Datenbasis: Sozio-Ökonomisches Panel, Längsschnittdatensatz der Jahre 1990 - 1994

gehörigkeit zwischen 1990 und 1994 betrachtet. Die Struktur der ausländischen Beschäftigten unterscheidet sich erheblich von der deutschen. 1990 war die Mehrzahl der ausländischen Beschäftigten als un- oder angelernte Arbeiter tätig, während bei deutschen Beschäftigten entsprechende Beschäftigungspositionen nur eine untergeordnete Bedeutung hatten (Tabelle 2). Zwischen 1990 und 1994 nahm der Anteil an ungelerten Arbeitern etwas ab. Dennoch übten 1994 noch 60% der ausländischen Beschäftigten un- und angelernte Tätigkeiten aus.

Ein etwas günstigeres Bild zeigt sich bei den Ausländern der zweiten Generation. 1990 waren die Beschäftigten der zweiten Generation noch überwiegend in Arbeiterberufen beschäftigt. 1994 hat sich der Anteil derer, die qualifizierte Tätigkeiten ausüben, deutlich erhöht. Zwar waren noch immer mehr als ein Drittel der Beschäftigten der zweiten Generation als un- oder angelernte Arbeiter tätig, aber immerhin ein Drittel hatte nun Facharbeiter- und Meisterpositionen inne, und weitere 16% waren in mittleren oder gehobenen Angestelltenpositionen tätig. Bei der entsprechenden deutschen Altersgruppe ist dieser Anteil zwar mehr als doppelt so hoch, aber dennoch zeichnet sich eine beachtliche intergenerationale Mobilität ab. Ausländische Frauen waren noch 1990 überwiegend als un- und angelernte Arbeiterinnen tätig. 1994 ist die Konzentration in den Arbeiterberufen deutlich geringer. Zwar waren noch immer knapp zwei Drittel der ausländischen Frauen als un- oder angelernte Arbeiterinnen tätig, doch nun konnten sie auch in weit höherem Maße in mittlere und höhere Angestelltenpositionen vordringen. Im Vergleich zu deutschen Frauen bleiben die Beschäftigungsanteile im Angestelltenbereich jedoch niedrig. Die Struktur der türkischen Erwerbstätigen, die in der Anwerbephase gegenüber anderen Nationalitäten insbesondere durch einen höheren Anteil an un- und angelernten Arbeitern geprägt war, hat sich 1994 dem Durchschnitt der ausländischen Erwerbstätigen angeglichen. Insbesondere der Anteil an ungelerten Arbeitern ist deutlich zurückgegangen. Insgesamt kann festgehalten werden, daß sich die Beschäftigungsstruktur der ausländischen Arbeitnehmer deutlich von der der deutschen unterscheidet. Migranten konzentrieren sich auf Arbeitsplätzen die nur geringe Qualifikationsanforde-

rungen stellen. Im Zeitverlauf ist jedoch ein langsames Aufsteigen in höhere Beschäftigungspositionen zu erkennen, insbesondere bei der zweiten Generation zeigt sich eine günstigere Struktur. Auch die durch den Prozeß der deutschen Einigung gestiegene Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt hat keine Verdrängung ausländischer Arbeitskräfte zur Folge gehabt. Zwar ist seit der deutschen Vereinigung die Zahl der arbeitslosen Ausländer stark angestiegen, gleichzeitig ist aber auch die Zahl der ausländischen Beschäftigten angestiegen, so daß insgesamt nicht von einer Verdrängung vom Arbeitsmarkt die Rede sein kann.

#### **Ausländische Arbeitnehmer zunehmend im Dienstleistungssektor tätig**

Nachdem zunächst Veränderungen in der beruflichen Stellung von ausländischen

Beschäftigten aufgezeigt wurden, wird nun dargestellt, in welchen Branchen Ausländer arbeiten. Dabei stellt sich insbesondere die Frage, ob ausländische Beschäftigte auch in attraktive Bereiche des Dienstleistungssektors vordringen konnten oder weitgehend an industrielle Arbeitsplätze gebunden sind. Wie Tabelle 3 zeigt, ist das produzierende Gewerbe noch immer der wichtigste Beschäftigungsbereich für ausländische Arbeitnehmer. Deutsche Beschäftigte sind dagegen vor allem im Dienstleistungsbereich tätig. Zwischen 1990 und 1994 geht der Anteil der ausländischen Beschäftigten im produzierenden Gewerbe überproportional zurück. Mit Ausnahme der konsumorientierten Dienstleistungen zeigte sich ein Anstieg in allen Bereichen des tertiären Sektors. Am stärksten ist der Rückgang der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe bei der zweiten Gene-

**Tabelle 3: Ausländische und deutsche abhängig Beschäftigte nach Branche (in Prozent)**

	Ausländer		Deutsche <sup>1</sup>	
	1990	1994	1990	1994
<b>Insgesamt</b>				
Produzierendes Gewerbe	62	53	34	34
Baugewerbe	12	11	6	6
Handel, Verkehr	8	11	16	17
Produktionsnahe Dienste	3	5	10	8
Konsumorientierte Dienste	8	7	4	3
Soziale und staatliche Dienste	8	11	28	31
<b>Zweite Generation<sup>2</sup></b>				
Produzierendes Gewerbe	68	50	32	31
Baugewerbe	2	6	11	9
Handel, Verkehr	16	16	22	16
Produktionsnahe Dienste	2	4	8	8
Konsumorientierte Dienste	5	4	3	3
Soziale und staatliche Dienste	6	20	24	32
<b>Frauen</b>				
Produzierendes Gewerbe	54	42	22	21
Baugewerbe	1	0	2	1
Handel, Verkehr	9	14	21	22
Produktionsnahe Dienste	4	3	10	8
Konsumorientierte Dienste	18	15	6	3
Soziale und staatliche Dienste	14	27	39	43
<b>Türkische Zuwanderer</b>				
Produzierendes Gewerbe	61	53		
Baugewerbe	11	9		
Handel, Verkehr	8	11		
Produktionsnahe Dienste	3	8		
Konsumorientierte Dienste	5	7		
Soziale und staatliche Dienste	12	13		

<sup>1</sup> Der zu 100% fehlende Wert entfällt auf Beschäftigte in der Landwirtschaft.

<sup>2</sup> Für Deutsche: Die gleiche Altersgruppe (16 bis 25 Jahre).

Datenbasis: Sozio-Ökonomisches Panel, Längsschnittdatensatz der Jahre 1990 - 1994

ration, von der 1994 noch die Hälfte der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe tätig ist. Vor allem der Anteil der Beschäftigten in den sozialen und staatlichen Dienstleistungen ist stark angestiegen.

Der Anteil der ausländischen Frauen im produzierenden Gewerbe reduzierte sich zwischen 1990 und 1994 deutlich. Dagegen hat der Anteil der ausländischen Frauen, die im Bereich der sozialen und staatlichen Dienstleistungen tätig sind, zugenommen. Allerdings kann allein aus den Verschiebungen vom produzierenden Gewerbe in den Dienstleistungssektor noch nicht auf berufliche Aufwärtsmobilität geschlossen werden, denn der Wechsel in den Dienstleistungsbereich ist nicht generell mit der Erzielung höherer Einkommen verbunden. Auch bei türkischen Arbeitnehmern reduzierte sich der Anteil der Beschäftigten im produktiven Sektor erheblich. Türkische Arbeitnehmer sind 1994 im Vergleich zu 1990 ebenfalls häufiger im Bereich staatlicher und sozialer Dienstleistungen beschäftigt.

Allgemein verliert das produzierende Gewerbe zwischen 1990 und 1994 für ausländische Beschäftigte an Bedeutung. Bei ausländischen Frauen und türkischen Beschäftigten, also den Gruppen, die zu Beginn der Untersuchungsperiode am häufigsten im produzierenden Gewerbe beschäftigt waren, ist die Tertiarisierung, d.h. die Zunahme der Beschäftigten im sekundären Bereich, am deutlichsten. Vor allem der Bereich der sozialen und staatlichen Dienstleistungen öffnete sich in diesem Zeitraum verstärkt für ausländische Arbeitskräfte.

**Trotz besserer Sprachkenntnisse zunehmende Segregation**

Im folgenden wird die soziale Integration der ausländischen Bevölkerung näher betrachtet und untersucht, wie verbreitet deutsche Sprachkenntnisse sind, in welchem Ausmaß soziale Beziehungen zu Deutschen bestehen, ob sich Ausländer für einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland entschieden haben und ob sie sich als eher Angehörige ihres Herkunftslandes oder als Deutsche ansehen. Nach ihrer eigenen Einschätzung wird die deutsche Sprache von mehr als der Hälfte aller Ausländer gut beherrscht. Im Untersuchungszeitraum ist dieser Anteil noch etwas angestiegen. Bei den Angehörigen der zweiten Generation bestehen kaum

noch Sprachbarrieren. 1994 beherrschten 94% die deutsche Sprache gut. Eine unterdurchschnittliche Sprachkompetenz zeigte sich bei ausländischen Frauen und türkischen Zuwanderern. Bei rund der Hälfte der ersten Generation können somit Kommunikationsprobleme mit der deutschen Bevölkerung angenommen werden.

Verbesserte Sprachkenntnisse und längere Aufenthaltsdauer lassen auch erwarten, daß sich die sozialen Beziehungen zwischen Migranten und Einheimischen intensivieren. Dies ist jedoch nicht der Fall. Zwischen 1990 und 1994 zeichnete sich eine zunehmende Segregation der ausländischen Bevölkerung ab. Wird nach den drei wichtigsten Personen gefragt, mit denen der oder die Befragte näher befreundet ist und mit denen er/sie sich am häufigsten trifft, zeigt sich, daß bei mehr als der Hälfte aller Ausländer keine deutsche Person unter den drei wichtigsten Bezugspersonen war. Bei der zweiten Generation ist, wie dies aufgrund besserer Sprachkenntnisse zu erwarten war, der Anteil derer, die keine deutsche Person unter den drei wichtigsten Kontaktperso-

nen nennen, deutlich geringer: Während 1990 31% keine deutsche Kontaktperson angaben, stieg dieser Anteil überraschend deutlich, bis auf 56% im Jahre 1994 an. Dieser starke Rückgang interethnischer Freundschaftsbeziehungen muß als Indiz für eine wachsende Distanz zwischen der ausländischen und der deutschen Bevölkerung gewertet werden. Besonders ausgeprägt war der Segregationsgrad bei türkischen Zuwanderern, von denen mehr als zwei Drittel keine deutsche Kontaktperson nannten. Auch hier ist der Segregationsgrad zwischen 1990 und 1994 angestiegen.

Für die hier betrachteten Migrantengruppen ist die Bundesrepublik zum Lebensmittelpunkt und damit Deutschland faktisch auch zum Einwanderungsland geworden. Es stellt sich dennoch die Frage, inwieweit die Migranten ihren Aufenthalt selbst als dauerhaft verstehen. Noch 1990 hatten sich weniger als die Hälfte der in Deutschland lebenden Ausländer für einen dauerhaften Aufenthalt entschieden und auch 1994 sind es noch weniger als die Hälfte. Dies kann jedoch keinesfalls dahingehend verstanden werden, daß

**Tabelle 4: Sprachkenntnisse, interethnische Freundschaften, Wunsch nach dauerhaftem Aufenthalt und nationale Selbstidentifikation (in Prozent)**

	1990	1994
<b>Gute Deutschkenntnisse <sup>1</sup></b>		
Insgesamt	55	58
Zweite Generation	87	94
Frauen	49	51
Türkische Zuwanderer	45	47
<b>Segregation <sup>2</sup></b>		
Insgesamt	54	57
Zweite Generation	31	43
Frauen	61	61
Türkische Zuwanderer	67	71
<b>Dauerhafte Bleibeabsicht</b>		
Insgesamt	41	46
Zweite Generation	52	56
Frauen	39	45
Türkische Zuwanderer	43	47
<b>Selbstidentifikation als Deutscher <sup>3</sup></b>		
Insgesamt	14	16
Zweite Generation	31	26
Frauen	12	14
Türkische Zuwanderer	9	8

<sup>1</sup> Sprachkenntnisse werden nur alle zwei Jahre erhoben. Der Wert für 1990 entspricht dem von 1991 und der von 1994 dem von 1993.

<sup>2</sup> Erstmals 1988 erhoben. Der Wert für 1989 bezieht sich auf 1989.

<sup>3</sup> Wegen abweichender Fragestellung im Jahre 1984 wird hier der Wert für 1989 ausgewiesen.

Datenbasis: Sozio-Ökonomisches Panel, Längsschnittdatensatz der Jahre 1990 - 1994

rund die Hälfte der hier lebenden Ausländer die Absicht hat, in ihr Herkunftsland zurückzukehren. Von denjenigen, die nicht die Absicht haben, dauerhaft in Deutschland zu bleiben, hat kaum jemand konkrete Rückkehrabsichten. Falls eine Rückkehr überhaupt in Erwägung gezogen wird, so nur in ferner Zukunft. Bei der zweiten Generation ist der Anteil derer, die sich für einen dauerhaften Aufenthalt entschieden hatten, bereits wesentlich größer. Dies ist wenig überraschend. Die zweite Generation ist hier aufgewachsen und kennt das Herkunftsland der Eltern meist nur aus Ferientaufhalten.

Auch wenn sich viele Ausländer bereits für einen dauerhaften Aufenthalt in der Bundesrepublik entschieden haben, betrachten sie sich nur selten als Deutsche. 1994 fühlten sich lediglich 16% „ganz“ oder „mehr“ als Deutsche, von den türkischen Zuwanderern sogar nur bei 7%. Eine Ausnahme bildet die zweite Generation. Hier ist eine größere Distanz zum Herkunftsland der Eltern deutlich zu erkennen. Etwas mehr als ein Viertel aller Angehörigen der zweiten Generation fühlte sich 1994 als Deutsche(r), allerdings war dieser Anteil 1990 noch deutlich höher. Es kann angenommen werden, daß der geringere Identifikationsgrad, wie er sich 1994 zeigt, die Entwicklung innerhalb der deutschen Gesellschaft reflektiert, die gerade in dieser Phase von einer zunehmenden Ausgrenzung der ausländischen Bevölkerung gekennzeichnet war. Insgesamt hat sich die ausländische Bevölkerung auf einen dauerhaften oder zumindest lang andauernden Aufenthalt in der Bundesrepublik eingerichtet. Dennoch lebt sie weitgehend segregiert von der deutschen Bevölkerung. Ausländer empfinden sich selbst in ihrer Einschätzung als Ausländer und nicht als Deutsche.

#### **Deutsche Einheit ging nicht auf Kosten der ausländischen Beschäftigten**

Mit den durchgeführten Panelanalysen konnte gezeigt werden, daß sich die Struktur der ausländischen Beschäftigten noch immer erheblich von der deutscher Arbeitnehmer unterscheidet. Zwischen 1990 und 1994 zeigte sich eine gewisse Mobilität ausländischer Beschäftigter, insbesondere auch ein Vordringen in den tertiären Sektor. Die Struktur der Beschäftigten der zweiten Generation in der Berufseinmündungsphase ist wesentlich günstiger als die der ersten, allerdings ist auch die zweite Generation seltener als

die entsprechende deutsche Altersgruppe an Arbeitsplätzen tätig, die höhere Qualifikationsanforderungen stellen. Zwischen 1990 und 1994 waren ausländische Erwerbstätige öfter von Arbeitslosigkeit betroffen als deutsche. Insbesondere führt eine höhere Bildung bei ausländischen Beschäftigten nicht im gleichen Maße zu einer höheren Beschäftigungsstabilität wie dies bei deutschen Beschäftigten der Fall ist. Insgesamt muß jedoch für die Periode nach der deutschen Vereinigung eine positive Bilanz gezogen werden. Trotz der gestiegenen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt konnten sich ausländische Beschäftigte nicht nur behaupten, sondern ihre Positionen insgesamt sogar etwas verbessern. Auf der Basis dieser Befunde kann erwartet werden, daß die Konzentration der ausländischen Arbeitnehmer im unteren Bereich der beruflichen Hierarchie allmählich geringer wird und ausländi-

sche Arbeitskräfte auch in höhere Ebenen der Berufshierarchie vordringen können. Die ethnische Unterschichtung des Arbeitsmarktes dürfte somit keinen dauerhaften Bestand haben.

Die soziale Lage der ausländischen Bevölkerung ist durch eine zunehmende Segregation gekennzeichnet. Dies dürfte die wachsende Distanz der deutschen Bevölkerung gegenüber Ausländern widerspiegeln. Hinsichtlich der sozialen Integration und der Arbeitsmarktintegration zeichnen sich entgegengesetzte Entwicklungen ab. Ein Fortschreiten der beruflichen Integration von ausländischen Arbeitnehmern steht jedoch einer anhaltenden sozialen Segregation gegenüber.

*Wolfgang Seifert, Humboldt-Universität  
zu Berlin  
Tel.: (030-2843-1937)*

## **Soziale Indikatoren auf dem Soziologiekongreß in Dresden**

### **- Call for Papers -**

Der 28. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie findet vom 7. bis 11. Oktober dieses Jahres in Dresden statt. Die übergreifende Themenstellung des Kongresses lautet: „Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften“. Die Sektion Sozialindikatoren ist an zwei Veranstaltungen des Kongresses maßgeblich beteiligt. Zusammen mit der Sektion Familien- und Jugendsoziologie veranstaltet die Sektion Sozialindikatoren eine der insgesamt zwölf vorgesehenen Plenarveranstaltungen zum Thema:

„Individualisierung und Pluralisierung der privaten Lebensführung“.

Die Plenarvorträge werden im Rahmen eines vom Vorstand der DGS beschlossenen Auswahlverfahrens bestimmt. Bewerbungen um die insgesamt vier vorgesehenen Vorträge in dieser Veranstaltung sollen bis zum 10. März 1996 (Posteingang) in Form eines 6-seitigen Exposés an die beiden Juroren Dr. Heinz-Herbert Noll (ZUMA, Postfach 122155, 68072 Mannheim) und PD Dr. Norbert F. Schneider (Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg, Coburger Straße 21a, 96052 Bamberg) gerichtet werden.

Die Sektion Sozialindikatoren veranstaltet zudem eine eigene Sektionssitzung zum Thema:

„Wohlfahrtsdifferenzen und Migrationsprozesse:  
Objektive und subjektive Indikatoren“.

Vortragsangebote (bis zum 31. März, Thema und 1-seitiges Abstract) oder Informationswünsche richten Sie bitte an den Sprecher der Sektion Sozialindikatoren: Dr. Heinz-Herbert Noll, ZUMA, Postfach 122155, 68072 Mannheim, Tel.: 0621-1246-241, Fax: 0621-1246-100, e-mail: noll@zuma-mannheim.de

# Medienpluralität geht nicht auf Kosten der Printmedien

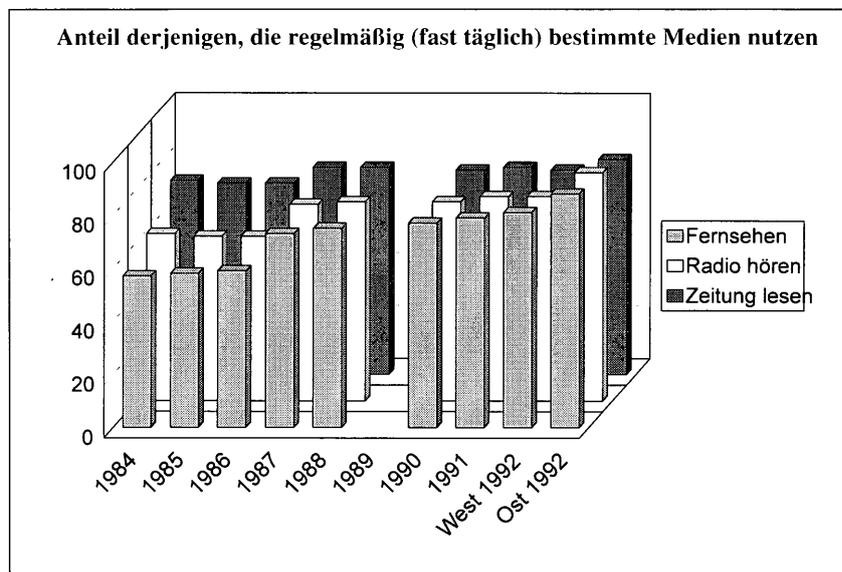
## Mediennutzung und Bedeutung der Medien im Vergleich

Der Wandel von der Industriegesellschaft zur Informationsgesellschaft ging nicht zuletzt mit der Entwicklung neuer Medien einher, denen auch erhebliche gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Bedeutung zukommt. Massenmedien besitzen entscheidenden Einfluß auf die öffentliche Meinungsbildung und erfüllen Kontrollfunktionen für politische Prozesse. Gerade in der jüngsten Zeit hat die Erweiterung der Medienlandschaft um weitere elektronische - z.T. interaktive - Medien und die Privatisierung der Funkmedien zu einem Medienpluralismus geführt, in dem Printmedien und elektronische Medien miteinander in Konkurrenz treten. Auch für die Artikulation gesellschaftlicher Bedürfnisse und Interessen sind Medien und ihre Rezeption in der Gesellschaft von entscheidender Bedeutung. In diesem Beitrag soll die Nutzung der Medien besonders für verschiedene Altersgruppen und über einen Zeitraum von fast dreißig Jahren differenziert betrachtet werden. Neben den tagesaktuellen Medien Zeitung, Radio und Fernsehen wurde auch das Buch in die Betrachtung miteinbezogen. Bücher nehmen bezüglich ihrer Funktion eine Sonderrolle ein und sind dahingehend nicht unmittelbar mit den anderen Medien vergleichbar, dennoch treten Bücher im Hinblick auf die Verwendung des Zeitbudgets auch in Konkurrenz mit Medien oder mit der Zeitverwendung am Computer.

Um einen Überblick über die Mediennutzung in Deutschland zu erhalten, ist es notwendig, verschiedene Indikatoren in die Analyse einzubeziehen. Neben den Anteilen der Personen, die überhaupt bestimmte Medien häufiger, d.h. mindestens mehrmals pro Woche nutzen, geht in die Untersuchung auch die Dauer der Mediennutzung ein, d.h. wieviel Zeit pro Tag für Zeitunglesen, Fernsehen und Radiohören verwendet wird. Es werden somit nicht nur die Anteile derjenigen, die überhaupt bestimmte Medien in Anspruch nehmen, berücksichtigt, sondern auch die Zeit, die die Bevölkerung für Medien aufbringt. Ebenso wird der Frage nachgegangen, wie wichtig für die Befragten ein bestimmtes Medium ist, das heißt, auf welches der Medien man am ehesten verzichten könnte. Diese Einschätzung der „Unentbehrlichkeit“ bestimmter Medien bezieht eine Dimension der Relevanz ein, die zusätzlich zu den bisher aufgeführten objektiven Indikatoren (wie z.B. der Nutzungsdauer) eine subjektive Einschätzung oder Beurteilung der Bevölkerung zur „Wichtigkeit“ bestimmter Medien darstellt. Sie wird als Anteil derjenigen ermittelt, die angeben, sie würden ein Medium (Zeitung, Fernsehen oder Radio) stark/sehr stark vermissen. Die Daten stammen im wesentlichen aus der Media-Analyse,

einer großen regelmäßigen Repräsentativerhebung, die von kommerziellem Interesse der Medien geleitet ist. Auch die Langzeitstudie „Massenkommunikation“ der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten liegt in vier Wellen vor, so daß hier mit Daten von 1964 bis 1992 gearbeitet werden kann.

Graphik 1:



Quelle: Media-Analyse 1992

### Am häufigsten wird ferngesehen

Das Medium Fernsehen wurde sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern 1992 von 81% der Westdeutschen und 88% der Ostdeutschen fast täglich genutzt und steht damit an erster Stelle der Häufigkeit der Mediennutzung insgesamt. Im Westen gaben 77% der Befragten an, fast täglich Radio zu hören und Zeitung zu lesen. Diese Werte wurden im Osten mit 86% der Befragten, die Radio hören und 81% Zeitungleser deutlich übertroffen (Graphik 1). Abgeschlagen ist dagegen das häufige Lesen von Büchern oder Zeitschriften; nur 13% West und 12% Ost lesen fast täglich Bücher und 16% West und 15% Ost lesen fast täglich Zeitschriften.

Betrachtet man die Entwicklung der Mediennutzung seit 1984, so wurde noch Anfang der achtziger Jahre von einem größeren Anteil der Bevölkerung täglich Zeitung gelesen als ferngesehen. Ende der achtziger Jahre lag die Nutzung von Tageszeitung und Fernsehen in den alten Bundesländern bereits gleichauf und seit 1991 liegt die Fernsehnutzung an erster Stelle. Allerdings ist die häufige Nutzung des Fernsehens offensichtlich nicht auf Kosten der anderen Medien gegangen, denn die Anteile der Radiohörer und die der Zeitungleser stiegen ebenfalls an, so daß die Mediennutzung insgesamt zugenommen hat.

**Mit zunehmendem Alter mehr Zeitungsleser**

Differenziert man die Anteile der Zeitungsleser weiter nach ihrem Alter, so werden deutlich Unterschiede erkennbar. Mit zunehmendem Alter nimmt der Anteil der Leser einer Tageszeitung von 55% der 14-19-Jährigen auf über 90% der 50-59 und der 60-69-Jährigen zu (Tabelle 1). Zudem ist seit Ende der 80er Jahre der Anteil derer, die mindestens eine Tageszeitung lesen, in den alten Bundesländern von 80% auf 85% angestiegen. Es kann also in diesem Fall nicht von einer Verdrängung der Printmedien durch elektronische Medien in der bundesdeutschen Bevölkerung gesprochen werden. Der Effekt, daß der Anteil der Zeitungsleser unter den über 50-Jährigen zunimmt, ist bereits in früheren Studien zu unterschiedlichen Zeitpunkten festgestellt worden. Mit zunehmendem Alter gehen häufig eine abnehmende Mobilität und schließlich bei den über 60-Jährigen auch deutlich mehr verfügbare Zeit einher. Dies alles stellen Faktoren dar, die die (meist lokale oder regionale) Tageszeitung offensichtlich attraktiv werden lassen. Es bleibt allerdings offen, inwieweit dieser Effekt ein Lebenszyklus- oder ein Kohorteneffekt ist.

**Abonnement-Tageszeitung besonders in den kleinen Gemeinden verbreitet**

Neben der zeitlichen Dimension bei der Nutzung von Tageszeitungen stellt auch die räumliche Dimension, d.h. die Größe und Lage des Wohnortes, ein differenzierendes Merkmal dar. Besonders in den ländlichen Regionen ist die Tageszeitung zentraler Bestandteil der Medienwelt. Dies läßt sich an der Verbreitung von Tageszeitungsabonnements ablesen, die in ländlichen Kreisen über 80% Reichweite (Anteil der Bevölkerung, der durch eine im Haushalt abonnierte Tageszeitung erreicht wird), dagegen in Städten nur 55% bis 65% Reichweite erreichen. Am Beispiel des Regierungsbezirks Stuttgart und des Neckar-Odenwaldkreises, für die jüngere Daten der Media-Analyse zur Verfügung standen, ist sichtbar, daß mit zunehmendem Alter und abnehmender Größe des Wohnortes die Anzahl der Personen zunimmt, die eine Tageszeitung abonniert haben (Tabelle 2). Besonders niedrige Werte erreicht die Verbreitung des Abonnements von Tageszeitungen in der Altersgruppe der 20-29-Jähri-

**Tabelle 1: Anteil derjenigen, die mehrmals in der Woche bestimmte Medien nutzen (1994)**

	14 - 19 Jahre	20 - 29 Jahre	30 - 39 Jahre	40 - 49 Jahre	50 - 59 Jahre	60 - 69 Jahre	70 Jahre und älter
Mediennutzung mehrmals in der Woche: (in %)							
Fernsehen	87,1	83,5	88,1	89,6	92,4	92,3	90,3
Radio hören	82,6	84,3	85,9	83,0	85,0	83,4	75,2
Zeitung lesen	55,2	75,2	85,3	89,3	91,3	91,7	89,0
Buchlesen	40,9	27,4	21,7	17,4	14,6	15,3	16,6

Quelle: Media-Analyse '94 (Regierungsbezirk Stuttgart und Neckar-Odenwald-Kreis)

gen. Während die 14-19-Jährigen vermutlich noch die Tageszeitung im Haushalt der Eltern nutzen, so ist diese Altersgruppe in der Ausbildung, damit hoch mobil und nicht bereit, sich auf eine Tageszeitung „festzulegen“. Mit zunehmender „Etablierung“ und abnehmender Wohnmobilität nimmt der regionale/lokale Bezug zu und damit auch der Wunsch, über das Geschehen im unmittelbaren Wohnumfeld informiert zu werden.

**Buchlektüre besonders in den neuen Ländern verbreitet**

Die Frage nach der Verdrängung des Buches als dem klassischen Medium des geschriebenen Worts durch andere Medien ist eine der ältesten Fragestellungen in der Medienforschung. Allerdings nimmt die Buchlektüre als nicht-tagesaktuelles Medium sicher auch eine Sonderrolle ein. Daher besteht die Konkurrenz nicht in der

konkurrierenden Funktion, sondern eher darin, daß bei der Verwendung der freien Zeit Buchlektüre und Mediennutzung in Konkurrenz treten können. Als differenzierende Merkmale der Nutzung zeigen sich neben Alter und Schulbildung (ältere Menschen lesen seltener Bücher als jüngere, Abiturienten mehr als Hauptschulabsolventen) auch Geschlecht und Zugehörigkeit zu den alten oder neuen Bundesländern als aufschlußreich. In diese Betrachtung wurden nun besonders die „häufigen Buchleser“, d.h. diejenigen, die mindestens einmal pro Woche ein Buch lesen, einbezogen. Seit 1968 hat in den alten Bundesländern der Anteil der „Viel-Leser“ von 42% auf 49% im Jahr 1991 stetig zugenommen, zugleich sank der Anteil derjenigen, die im Befragungsjahr überhaupt kein Buch gelesen hatten im gleichen Zeitraum von 32% auf 27%. Unterscheidet man dieses Leseverhalten weiter nach dem Geschlecht, so wird deut-

**Tabelle 2: Anteil derjenigen, die im Haushalt über eine Abonnement-Tageszeitung verfügen nach Alter und Gemeindegröße des Wohnorts**

Alter	14 - 19 Jahre	20 - 29 Jahre	30 - 39 Jahre	40 - 49 Jahre	50 - 59 Jahre	60 - 69 Jahre	70 Jahre und älter
Abonnement einer Tageszeitung in %	70,8	50,2	63,8	72,6	78,4	78,6	76,9
Gemeindegrößenklasse (Einwohnerzahl)	<2000	2000- <5000	5000- <20.000	20.000 <50.000	50.000 <100.000	100.000 <500.000	500.000
Abonnement einer Tageszeitung in %	75%	69%	71%	70%	71%	65%	53%

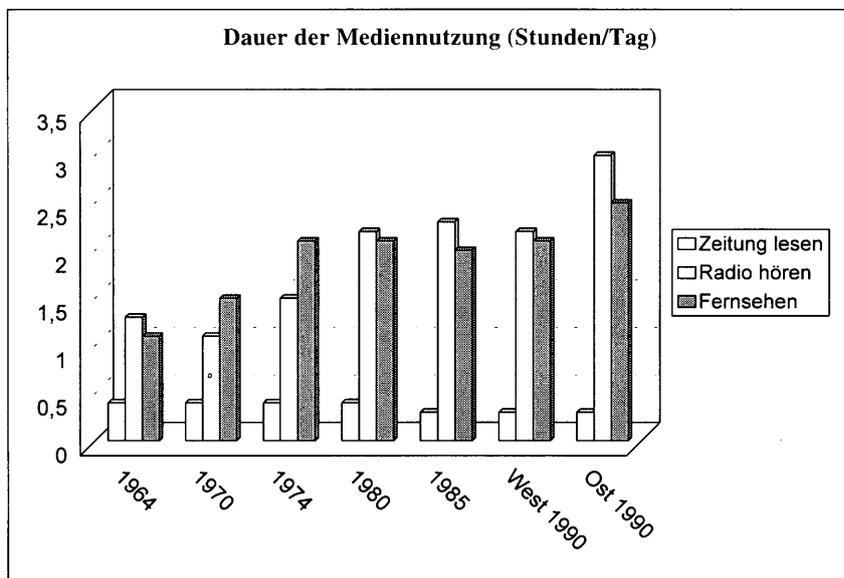
Quelle: Media-Analyse '94 (Regierungsbezirk Stuttgart und Neckar-Odenwald-Kreis)

lich, daß Frauen häufiger zu der Gruppe zählen, die mindestens einmal in der Woche ein Buch liest, als Männer. Zudem bestehen deutliche Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Im Rahmen der Repräsentativstudie der Stiftung Lesen 1992 gaben 53% der Frauen an, mindestens einmal pro Woche ein Buch zu lesen, während dies nur für 48% der Männer galt. Umgekehrt zählen 18% der Frauen und 20% der Männer zu denen, die nie ein Buch lesen. Die Gruppe derer, die häufig Bücher lesen umfaßt im Osten sogar 68%, während dies im Westen nur für 46% der Befragten zutrifft. In den neuen Ländern gaben auch nur 8% der Befragten an, nie zu lesen, während dies immerhin für 23% der Westdeutschen galt. Dennoch gab es keine Unterschiede zwischen Ost und West hinsichtlich der Zahl der gelesenen Bücher, so daß anzunehmen ist, daß es sich nicht um einen deutlich geringeren Konsum, sondern in erster Linie um andere Lesegewohnheiten handelt. Was die Ansprüche an die Buchlektüre angeht, so fand die Stiftung Lesen dahingehend Unterschiede, daß die Erwartungen der Männer sich eher als kognitiv, die der Frauen als affektiv oder sozial charakterisieren lassen.

### Radiohören nimmt die meiste Zeit in Anspruch

Für die Analyse der Dauer der Mediennutzung wurden nur die zeitintensivsten Medien, nämlich Zeitung, Fernsehen und Radio näher betrachtet. Hiermit wird zusätzlich zum Anteil derer, die diese Medien überhaupt nutzen, der durchschnittliche Zeitaufwand dargestellt, den der Medienkonsum am Tag in Anspruch nimmt (Graphik 2). Vergleicht man die Dauer der Mediennutzung, d.h. den durchschnittlichen Zeitaufwand in Stunden/Minuten pro Tag, so nahm in West wie in Ost Radiohören die meiste Zeit in Anspruch. Im Westen hörte man 1990 pro Tag 2,2 Stunden, im Osten sogar 3,0 Stunden Radio. Im Zeitverlauf wird deutlich, daß seit Mitte der 60er Jahre in den alten Bundesländern länger Radio gehört wurde (1,3 Std./Tag) als ferngesehen (1,1 Std./Tag). Zu Anfang der 80er Jahre wurde dem Fernsehen dann mehr Zeit gewidmet (2,1 Std./Tag) als dem Radio (1,5 Std./Tag), dann nahm das Radiohören wieder mehr Zeit in Anspruch (2,3 Std./Tag). Allerdings ist davon auszugehen, daß Radiohören zunehmend eine Nebentätigkeit darstellt, da es nicht soviel Aufmerksam-

Graphik 2:



Quelle: Kiefer, M.-L. (1987); Berg, K. & Kiefer, M.-L. (1992): Massenkommunikation III und IV.

keit erfordert wie audiovisuelle Medien. Aus ersten Ergebnissen der Zeitbudgetstudie des Statistischen Bundesamtes geht hervor, daß mindestens eine Stunde und 15 Minuten Radiohören „Sekundärtätigkeit“ darstellt, wobei durch die Erhebungsmethode eher mit einer Untererfassung zu rechnen ist.

### Fernsehkonsument der älteren Ostdeutschen deutlich höher als im Westen

Betrachtet man extreme Fernseh-Nutzergruppen, wie z.B.: „Viel-Seher“ (vier und mehr Stunden täglich) so hat ihr Anteil in den alten Bundesländern von 6% seit 1982 auf 5% 1992 abgenommen, was ausschließlich auf einen deutlichen Rückgang in den Altersklassen unter 60 Jahren zurückzuführen ist. Hier haben sich die Anteile halbiert, während unter den 60-Jährigen und älteren der Anteil der „Viel-Seher“ von 7% auf 11% angestiegen ist. Ergebnisse der jüngsten Studie Massenkommunikation IV zeigen, daß in den neuen Ländern 1991 der Anteil derjenigen, die vier und mehr Stunden im Durchschnitt täglich fernsehen, mit 9% fast doppelt so hoch lag wie im Westen. Besonders hoch ist hier mit 18% der Anteil der 60-Jährigen und älteren, die täglich vier und mehr Stunden mit Fernsehen verbringen. Während die Anteile der anderen Altersgruppen in Ostdeutschland der Situation in Westdeutschland vor mehr als

10 Jahren entsprechen, so ist der extrem hohe Fernsehkonsum der älteren Ostdeutschen eine neue Erscheinung. Dieser hohe Fernsehkonsum der Älteren läßt die Frage aufkommen, inwieweit er einen Ersatz für andere Aktivitäten oder für Kommunikation darstellt. Allerdings ist in den neunziger Jahren auch der Fernsehkonsum der Jüngeren gestiegen, so daß sich die Unterschiede zwischen den Kohorten insgesamt verringern. Besonders die privaten Sender finden in Ost und West bei den jüngsten Kohorten Anklang, insbesondere bei den formal weniger Gebildeten. Für den Ost-West-Vergleich läßt sich aufgrund der geringen Vergleichszahlen nur ein allgemeiner Eindruck formulieren: fast alle Medien werden in Ostdeutschland häufiger und durchschnittlich länger genutzt als in Westdeutschland. Eine Erklärung könnte ein „Nachholbedürfnis“ an Medienkonsum sein, aber auch das Interesse an der neuen Medienvielfalt, das - so umstritten der Inhalt mancher Medien sein mag - zu einer erhöhten Nutzung führen könnte.

### Tageszeitung würde man am stärksten vermissen

Obwohl die im Zeitverlauf zunehmende Nutzung der Film- und Funkmedien schließen lassen könnte, daß diese Medien auch wichtiger geworden seien, wird bei der Frage nach der Medienbindung, d.h. in-

wieweit man eines dieser Medien stark bzw. sehr stark vermissen würde, der Tageszeitung immer noch ein hoher Stellenwert eingeräumt. Seit 1964 hat für alle Medien die Wichtigkeit zugenommen. Dennoch liegt 1990 der Anteil derer, die in den alten Bundesländern eine Tageszeitung vermissen würden (63%) deutlich höher als der Anteil für das Fernsehen (51%) und den Hörfunk (56%). Seit Beginn der 80er Jahre besteht diese Reihenfolge in „Unentbehrlichkeit“ in den alten Bundesländern, während zwischenzeitlich, vor allem Anfang der 70er Jahre, das Fernsehen mit 60% „Unentbehrlichkeit“ den höchsten Wert erreicht hatte.

Trotz aller Befürchtungen, die Film- und Funkmedien würden die Printmedien gänzlich vom Markt verdrängen, so zeigt dieser Indikator, daß in den alten Bundesländern die Befragten eine Tageszeitung am meisten vermissen würden. Offensichtlich besteht zur Tageszeitung eine feste und vermutlich auch emotional-traditionelle Verbindung, die nicht durch andere tagesaktuelle Medien aufgelöst oder ersetzt werden kann. Die Verbundenheit mit einer Tageszeitung - häufig ist damit ja auch eine ganz bestimmte lokale/regionale Tageszeitung gemeint - ist in den vergangenen Jahren wieder deutlich angestiegen und betrifft in besonderem Maße die ländlichen peripheren Regionen. Sicherlich ist ein wesentlicher Faktor für die Verbundenheit mit der Tageszeitung dieser lokale/regionale Bezug, da die Tageszeitung in hohem Maße lokale/regionale Identität vermittelt.

In den neuen Bundesländern würden 64% das Fernsehen, 69% den Hörfunk und 66% die Tageszeitung sehr stark/stark vermissen, d.h. hier sind keine so großen Unterschiede zwischen den einzelnen Medien wie in den alten Bundesländern auszumachen. Dennoch nimmt auch hier das Fernsehen den letzten Rang ein, stellt also trotz der hohen Nutzung das Medium dar, auf das am ehesten noch verzichtet werden könnte. Allerdings befinden sich in den neuen Bundesländern insgesamt die Werte für die „Unverzichtbarkeit“ der Medien auf einem höheren Niveau als im Westen. Eine mögliche Interpretation für Ost-West-Unterschiede in der Dauer der Mediennutzung wurde bereits erwähnt, nämlich daß unabhängige Medien als eine Errungenschaft der politischen Freiheit sicher große Bedeutung

besitzen und als ein relativ „neues“ Element größere Attraktivität erlangen konnten. Die Unverzichtbarkeit der Medien könnte daher 1990 kurz nach der Wende in den neuen Bundesländern ein Ausdruck der veränderten politischen Verhältnisse sein.

Der Widerspruch zwischen der außerordentlich hohen und tageszeitlich intensiven Nutzung des Fernsehen und der relativ niedrigen „Unentbehrlichkeit“ dieses Medium könnte auch damit zusammenhängen, daß es in zunehmendem Maße zu den Nebentätigkeiten zählt. Gleichzeitig hängt dieser Widerspruch sicherlich damit zusammen, daß „passives Fernsehen“ in einer leistungs- und aktivitätsorientierten Freizeitwelt keine gesellschaftliche Anerkennung findet. Unter der Gruppe der 30-49-Jährigen bezeichnen nach Umfragen des B.A.T. Freizeit-Forschungsinstitutes 73% Fernsehen als „Zeitverschwendung“, was allerdings nicht bedeutet, daß sie es dann nicht trotzdem tun. Insofern sind die objektiven Zahlen zu Nutzungsdauer und -intensität immer wieder durch subjektive Einschätzungen von Wichtigkeit und Bewertungen zu ergänzen.

#### **Bürger in den neuen Ländern nutzen Medien stärker**

Die Mediennutzung ist im beobachteten Zeitraum für nahezu alle Medien angestiegen, so daß zwar mittlerweile das Fernsehen das am häufigsten genutzte Medium darstellt, jedoch gleich hohe Werte für Radio und etwas niedrigere - aber stabile Werte - für Zeitungen festzustellen sind. Es tritt demnach keine Verdrängung der Printmedien durch die elektronischen Medien ein, sondern es hat die Mediennutzung und auch die Dauer der Mediennutzung insgesamt zugenommen. Es wird damit bei einem durchschnittlichen Zeitaufwand von knapp siebeneinhalb Stunden an Werktagen doch eine erhebliche Zeitspanne mehr oder weniger aktiv mit der Rezeption des dargebotenen Programmes verbracht, wobei in dieser Ziffer allerdings auch die Nebentätigkeiten wie Radiohören beim Autofahren oder bei der Haushaltsarbeit enthalten sind. Abgesehen von den kommerziellen Interessen, die zweifelsohne bei der Mediengestaltung eine Rolle spielen, werden über die Medien Menschen unterhalten, gebildet und über Politik und Weltgeschehen informiert. Gerade in den neuen Ländern ist

die Verfügbarkeit freier Medien eine Errungenschaft, die sich in einer extensiven Nutzung niederschlägt.

Betrachtet man die inhaltlichen Interessen der Mediennutzer, so wird deutlich, daß die Ansprüche sehr unterschiedlich sind: vom Fernsehen erwartet man in erster Linie aktuelle Nachrichten in deutlichem Abstand folgen in den Erwartungen unterhaltende Sendungen, wie z.B. Spielfilme, Familienserien und Unterhaltungs-/Quizsendungen. Die Tageszeitung ist für die Information aus der Region, sowie für Lokales, Vermischtes und Sport zuständig, während das Radio sowohl für ganz aktuelle Nachrichten als auch für die Hintergrundberieselung zuständig ist. Das Buch wird jedoch von all diesen Medien oder gar den neuen elektronischen Medien offensichtlich nicht verdrängt, da sich die „Lesemuffel“ nicht unter den Jüngeren „multi-medialen“ Nutzern, sondern unter den Älteren befinden.

Der Medienpluralismus hat zumindest unter den Jüngeren die Folge, daß sie immer mehr Zeit auf die zahlreicher werdenden Medien verwenden. Zusätzlich gilt zu berücksichtigen, daß in der Beurteilung der Medien durch die Befragten selbst, die rein passiv konsumorientierten Medien zunehmend negativ eingeschätzt werden. All diejenigen, die Fernsehen als „Zeitverschwendung“ betrachten, sind die Nutzer der interaktiven Medien von morgen, aber auch die Buchleser/-innen von heute.

*Caroline Kramer, ZUMA  
(Tel.: 0621-1246-244)*

# Wohlfahrtsmessung - Aufgabe der Statistik im gesellschaftlichen Wandel

Wiesbaden, 16. und 17. November, 1995

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft veranstaltete das Statistische Bundesamt am 16. und 17. November 1995 das 4. wissenschaftliche Kolloquium. Das Thema hieß diesmal „Wohlfahrtsmessung - Aufgabe der Statistik im gesellschaftlichen Wandel“. Neben einer Begrüßung durch den neuen Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, und einer thematischen Einführung der Moderatorin Margot Körber-Weik (FH Nürtingen) umfaßte die zweitägige Veranstaltung insgesamt neun Vorträge.

Richard Hauser (Goethe Universität Frankfurt) stellte in seinem Einleitungsreferat „Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung“ in einem ersten Teil grundsätzliche, an die Wohlfahrtsökonomie anknüpfende Überlegungen an und befaßte sich im zweiten Teil seines Vortrags mit konkreteren Aspekten der Messung „ökonomischer Wohlfahrt“, z.B. der Konstruktion von Äquivalenzskalen und den impliziten Werturteilen unterschiedlicher Verteilungsmaße. Peter v. der Lippe (Universität Essen) diskutierte in seinem Vortrag zum Thema „Statistische Wohlfahrtsindikatoren - Die Messung des Lebensstandards“ die Möglichkeiten und Probleme, die mit der Konstruktion von aggregierten Indizes des Lebensstandards verbunden sind und kritisierte die Versuche, aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung durch Korrekturrechnungen Wohlfahrtsmaße abzuleiten, vehement als „tendenziöse Negativrechnungen“. Der Vortrag von Ulrich Schäuble (Universität Hohenheim) zum Thema „Ungleichheit und Armut - Konzepte, Maße“ befaßte sich insbesondere mit den Problemen der Bestimmung einer Armutsgrenze und den verschiedenen Möglichkeiten einer statistischen Erfassung des Ausmaßes und der Intensität von Armut.

Michael Ahlheim (TU Cottbus), der über die „Wohlfahrtsmessung im Umweltbereich“ referierte, untersuchte dabei insbesondere die Probleme bei der Bewer-

tung von Umweltprojekten, die daraus resultieren, daß Umweltgüter im allgemeinen keine Marktpreise haben. Carsten Stahmer (Statistisches Bundesamt, Wiesbaden) diskutierte in seinem Vortrag „Gesamtwirtschaftliche Wohlfahrtsmessung und Umweltqualität“, inwieweit die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und die aus ihr abgeleiteten, zusammenfassenden Wirtschaftsindikatoren auch für eine langfristige Wirtschaftsanalyse geeignet sind und welche Art von Informationen die Statistik bereitstellen müßte, um beurteilen zu können, ob sich unsere Gesellschaft dem Ziel einer „dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung“ (sustainable development) annähert oder sich von ihm entfernt. Gerhard Wagenhals (Universität Hohenheim) stellte in seinem Vortrag ein mikroökonomisches Modell vor, das es erlaubt, die Wirkungen von alternativen Steuerreformmodellen auf die Erwerbsbeteiligung und Einkommenssituation privater Haushalte zu untersuchen.

Zwei weitere Beiträge befaßten sich mit der Wohlfahrtsmessung im europäischen Rahmen. Sabine Bechtold (Statistisches Bundesamt, Wiesbaden) stellte das Europäische Haushaltspanel vor, eine seit 1994 in den Mitgliedsländern der EU durchgeführte Längsschnitterhebung, die ca. 60.000 Haushalte umfaßt und die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung zum Gegenstand hat. Wolfgang Knüppel (Eurostat, Luxemburg) informierte über die Grundlagen und zukünftigen Entwicklungen im Zusammenhang mit einer europäischen Sozialberichterstattung, die durch den Vertrag über die Europäische Union neue Impulse erhalten hat. Einen Beitrag dazu leistet nicht zuletzt auch das von Eurostat veröffentlichte „Sozialporträt Europas“, das soeben in seiner zweiten Ausgabe erschienen ist. Schließlich stellte Roland Habich (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung) den „Wohlfahrtssurvey“ als ein Instrument zur Messung der individuellen Wohlfahrt vor und demonstrierte exemplarisch die Möglichkeiten, die eine speziell für die Wohlfahrtsmessung konzipierte Bevölkerungs-

umfrage für die Beobachtung der Wohlfahrtsentwicklung und die Analyse von Wohlfahrtsdisparitäten bietet.

Das Kolloquium bot alles in allem einen interessanten Überblick über Konzepte und Ansätze der Wohlfahrtsmessung wie sie gegenwärtig vor allem aus ökonomischer Perspektive und im Umfeld der amtlichen Statistik diskutiert werden. Es fiel jedoch auf, daß - mit einer Ausnahme - sozialwissenschaftliche Ansätze zur Wohlfahrtsmessung, die seit den siebziger Jahren im Rahmen der Sozialindikatorenforschung verfolgt werden und sich z.B. in zahlreichen Ländern in der regelmäßigen Veröffentlichung von „Social Reports“ niedergeschlagen haben, im Rahmen dieser Veranstaltung nicht repräsentiert waren und wenig zur Kenntnis genommen wurden.

Heinz-Herbert Noll, ZUMA  
Tel.: 0621-1246-241

## Impressum

**Herausgeber:**  
**Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) e.V.**  
**Abteilung Soziale Indikatoren**

ZUMA ist Mitglied der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS) e.V.

Postfach 12 21 55  
D-68072 Mannheim  
Telefon: (06 21) 12 46 - 0  
Telefax: (06 21) 12 46 - 100

E-Mail: soziale-indikatoren@zuma-mannheim.de

Internet: gopher://gopher.social-science-geis.de:70/11/institute/zuma/dauerbeobachtung/si/

**Verantwortlich für den Inhalt:**  
Dr. Heinz-Herbert Noll

**Redaktion:**  
Dr. Caroline Kramer

**Satz und Druck:**  
Verlag Pfälzische Post GmbH  
Winzinger Straße 30  
67433 Neustadt / Weinstraße

Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck; Beleg erbeten  
**ISSN 0935-218X**